

Bad Herrenalb 22.-24.9.2021 Beitrag Ute Finckh-Krämer zu Anregungen für weiterführende Dialoge“ (u.a. Reaktion auf den Videobeitrag von Oberst Rogg)

Zunächst eine Vorbemerkung zu den Ausführungen von Oberst Rogg zur Parlamentsarmee: Der Bundestag erarbeitet das Mandat für Auslandseinsätze nicht, sondern er bekommt es von der Regierung – unter Federführung des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums - vorgelegt und kann nur „ja“ oder „nein“ dazu sagen, während Gesetze oft in den Ausschüssen zwischen erster und zweiter/dritter Lesung nochmal verändert werden und daher den Bundestag oft nicht so verlassen, wie sie von der Regierung als Entwurf vorgelegt wurden. In den jeweiligen Koalitionsfraktionen wird entsprechend mehr oder weniger starker Druck ausgeübt, für das von der „eigenen“ Regierung bzw. dem eigenen Minister oder der eigenen Ministerin vorgelegte Mandat zuzustimmen. Es wäre wünschenswert, dass die Abgeordneten sich in dieser Frage fraktionsübergreifend unabhängig von der Regierung sehen würden, das ist aber zumindest bisher nicht der Fall.

Anzumerken ist auch, dass es immer wieder Bundeswehreinätze gibt, bei denen die Bündnissolidarität als entscheidendes Argument angeführt wird, so dass gar nicht mehr ernsthaft diskutiert wird, ob der Militäreinsatz überhaupt irgend etwas Positives in dem entsprechenden Land bewirken könnte. Auch die Frage, ob das vorgelegte Mandat nicht durch parallele militärische Aktionen von Verbündeten konterkariert wird, wird meistens ausgeklammert.

Wenn ich auf die Tagung zurückblicke, ist für mich die Frage entscheidend: was muss sich umfassend ändern, damit Militär überflüssig wird? Wichtig ist hierfür die Anmerkung, die Wolfgang Heinrich gestern gemacht hat: der weit überwiegende Teil hoch eskalierter politischer Konflikte wird ohne manifeste Gewalt gelöst oder führt zumindest nicht zum Bürgerkrieg. Wie können wir herausfinden, welche Faktoren zu einer gewaltfreien oder gewaltarmen Konfliktaustragung beitragen?

Wenn wir es schaffen, die Konflikte zu identifizieren, bei denen eine ernsthafte Gefahr besteht, dass sie zu Krieg oder Bürgerkrieg eskalieren, engagieren wir uns vielleicht das eine oder andere Mal in einem Konflikt, der dann doch von den Beteiligten friedlich beigelegt worden wäre. Das lässt sich hinterher nicht mehr feststellen. Damit geraten wir in das Präventionsparadox, das wir bereits von der Diskussion um das Waldsterben in den Siebziger Jahren kennen und das wir aktuell wieder in der Corona-Pandemie erleben: Expert*innen stellen fest, dass eine ernsthafte Gefahr besteht, wenn nicht sofort Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Wenn die dann von Behörden und anderen Beteiligten ergriffen werden und der Wald nicht flächendeckend stirbt oder die Corona-Inzidenz nicht auf 850 steigt, kommt die BILD-Zeitung und sagt, dass die Expert*innen unrecht hatten, weil die von ihnen befürchtete Katastrophe ja gar nicht eingetreten ist. Dass die Maßnahmen, die aufgrund der Warnung ergriffen wurden, dafür entscheidend waren, wird bewusst verschwiegen. Hier müssen wir immer wieder „gegenhalten“ - übrigens auch beim Thema Klimaerwärmung.

Wir können friedenspolitisch auch aus der Vergangenheit lernen. Rückblickend lässt sich für jeden Krieg der letzten gut 100 Jahre – also seit dem Ersten Weltkrieg – rückblickend erkennen, bis zu welchem Zeitpunkt z.B. diplomatische oder wirtschaftspolitische Maßnahmen eine Eskalation zum Krieg oder Bürgerkrieg hätten verhindern können.

Sehr fragwürdig finde ich das Bild vom „Instrumentenkasten“. Eine Konfliktbearbeitung ist keine Operation, bei der ein Chirurg aus einem Instrumentenkasten das richtige Skalpell auswählt. Wir

müssen den Umgang mit Konflikten als Prozesse begreifen, und zwar als Prozesse, die wir geeignet unterstützen, aber nicht von den Betroffenen übernehmen sollten. Wolfgang Heinrich und Anthea Bethge haben das an zwei Beispielen hervorragend beschrieben. Frieden beginnt ganz oder überwiegend an der Basis der Gesellschaft.

Wir haben von Herrn Twelmeier gelernt, dass für eine sinnvolle Unterstützung der Menschen in Konfliktregionen viel eher Polizist*innen mit klassischen polizeilichen Fachkenntnissen für das Community Policing gebraucht werden als militärähnlich organisierte Gendarmerie-Hundertschaften.

Der von Oberst Rogg so gelobte „vernetzte Ansatz“ bzw. „comprehensive approach“ ist vor gut 10 Jahren entwickelt worden, als überdeutlich wurde, dass reine Militäreinsätze keinen Frieden schaffen können. Dementsprechend war er von Anfang an durch militärische Gesichtspunkte und Interessen geprägt. In Afghanistan ist er krachend gescheitert, steht daher aktuell kritisch zur Debatte. Bischof Bundschuh hat gerade zu Recht erwähnt, dass Brot für die Welt bzw. die Diakonie Katastrophenhilfe diesem Ansatz von Anfang an sehr kritisch gegenüberstanden.

Mehr als einmal wurde versucht, sogar die Humanitäre Hilfe in militärisch dominierte Vernetzungskonzepte einzubinden, obwohl Organisationen wie das Rote Kreuz aus guten Gründen seit dem 19. Jahrhundert die Prinzipien der Menschlichkeit, Unabhängigkeit, Neutralität und Unparteilichkeit vertreten haben. Für die 10 Millionen Menschen, die jetzt in Afghanistan akut von Hunger bedroht sind, ist es ein Glück, dass Humanitäre Hilfsorganisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz/Roten Halbmond oder auch die Diakonie Katastrophenhilfe diese Position durchgehalten haben. Denn sonst wäre in der aktuellen Situation für die Menschen in Afghanistan nicht einmal mehr diese Hilfe verfügbar.